



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 16.12.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Nachtrag vom 15. Dezember abends:

Ria.ru: Die politische Untergruppe konnte auf dem Treffen am Dienstag keine Vereinbarungen über grundlegende Fragen erreichen, insbesondere zum Thema der Durchführung von Wahlen in den einzelnen Gebieten des Donezker und Lugansker Oblast, teilte die Pressesekretärin des Vertreters der Ukraine in der Kontaktgruppe Leonid Kutschma Darja Olifer mit.

„In der politischen Untergruppe ist es bisher nicht gelungen, eine Vereinbarung zu grundlegenden Fragen zu erreichen, insbesondere zur Frage der Durchführung von Wahlen in einzelnen Gebieten der Donezker und Lugansker Oblaste. Eine Schlüsselfrage für einen möglichen Konsens ist eine vollständige Einstellung der Kämpfe. Diese Forderung ist notwendig auch für eine vollwertige Arbeit der Untergruppen zu ökonomischen und humanitären Fragen. Dies ist eine Bedingung, die verpflichtend für die Durchführung einer Entminung ist“.

Lug-info.com: Der Koordinator der politischen Untergruppe der Kontaktgruppe Pierre Morel hat eine Annäherung der Verhandlungszeiten an einen Kompromiss in Fragen der Abstimmung der Modalitäten der Durchführung von Wahlen bemerkt. Dies erklärte heute zu den Ergebnissen der Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk und der Unterarbeitsgruppe der bevollmächtigte Vertreter der LVR Wladislaw Dejnogo.

„Ausführlich wurde die Arbeit der Gruppe zu politischen Fragen erörtert, weil beim nächsten Treffen am 22. Dezember keine Arbeit dieser Gruppe geplant ist“, sagte er.

„Davor erfolgte ein ausführlicher Bericht des Koordinators der Gruppe zu politischen Fragen. Er führte eine ausführliche Analyse der Arbeit der Gruppe über die gesamte Zeit hin durch. Er bewertete die derzeitige Situation und akzentuierte ein Maß an Annäherungen an Kompromisse bei einer der grundlegenden Fragen der Arbeit dieser Gruppe – bei der Abstimmung der Modalitäten der Wahlen“, berichtete Dejnogo.

„Am 22. Dezember wird die nächste Sitzung der Kontaktgruppe und der Arbeitsgruppe mit Ausnahme der Gruppe zu politischen Fragen stattfinden“, teilte der Bevollmächtigte der Republik mit.

Lug-info.com: Die Teilnehmer der Untergruppe der Kontaktgruppe zur Sicherheit haben 12 Abschnitte vereinbart, in denen in erster Linie eine Entminung stattfinden wird. Dies teilte der

bevollmächtigte Vertreter der LVR Wladislaw Dejnego mit.

„Was die Gruppe zur Sicherheit betrifft, so wurde eine Liste mit 12 Abschnitten zur Entminung behandelt und über alle Übereinstimmung erreicht“, sagte er.

„Es wird noch ein Abschnitt erörtert, bei dem der Koordinator die Hoffnung äußerte, dass er bei einer der nächsten Sitzungen der Gruppe erörtert wird“, sagte Dejnego.

„Außerdem wurden einzelne Fragen des Regimes der Feueinstellung erörtert“, teilte der bevollmächtigte Vertreter der Republik mit.

Als Ergebnis des letzten Treffens der Teilnehmer der Untergruppe zur Sicherheit, die am 8. Dezember in Minsk stattfand, berichtete Dejnego über die Abstimmung von fünf Abschnitten zur Durchführung einer Entminung.

Lug-info.com: Der Koordinator der humanitären Untergruppe der Kontaktgruppe Toni Frisch besteht auf der Eröffnung zusätzlicher Passierpunkte an der Kontaktlinie im Lugansker Gebiet. Dies teilte heute der bevollmächtigte Vertreter der LVR Wladislaw Dejnego mit.

„Während des Treffens der Untergruppe zu humanitären Fragen wurde besondere Aufmerksamkeit dem Bericht Frischs über seinen Besuch auf dem Territorium der LVR, DVR und dem von Kiew kontrollierten Gebiet gewidmet“, sagte er.

„Eine der Bemerkungen, die er machte, war im Bereich der Organisation des Überschreitens der Abgrenzungslinie durch die Bevölkerung. Er sagte, dass er keine objektiven Gründe sieht, keine weiteren Passierpunkte an der Abgrenzungslinie im Verantwortungsbereich der LVR zu eröffnen. Er besteht darauf, dass in der nächsten Zeit die Frage des Eröffnung zusätzlicher Passierpunkte gelöst wird“, berichtete Dejnego.

„Es wurden Fragen der Wasserversorgung und des Austauschs ungesetzlich festgehaltener Personen erörtert. Es wurde eine Reihe von Fragen zur Zusammenarbeit mit dem IKRK im Bereich der Unterstützung bei der Befreiung ungesetzlich festgehaltener Personen, der Erleichterung der Haftbedingungen und der rechtzeitigen Leistung medizinischer Hilfe aufgeworfen“, fügte der bevollmächtigte Vertreter der Republik hinzu.

Dan-news.info: Die Teilnehmer der Verhandlungen zur friedlichen Regelung in Minsk haben heute einen Fortschritt in der Frage der Entminung der frontnahen Bezirke des Donbass erzielt. Dies teilte heute der Leiter der Delegation der DVR bei den Verhandlungen, der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin mit.

„Bei den Verhandlungen in Minsk bewegen sich die Fragen der Sicherheit im Bereich der Entminung langsam, aber nach vorne“, sagte der Sprecher. Wie der besondere Vertreter des Leiter des OSZE Martin Sajdik erklärte, hat die Unterarbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit eine Liste mit 12 vorrangigen Abschnitten für die Entminung in der Konfliktzone im Donbass festgelegt.

Am Ende der letzten Woche hatte Puschilin erklärt, dass die Ausarbeitung eines detaillierten Plans zur Entminung in den nächsten Tagen abgeschlossen werden sollte. Noch vorher wurde bekannt, dass die ersten vier Abschnitte, die vorrangig entminnt werden sollten, schon festgelegt sind, wobei zwei von ihnen – eine Wasserleitung am Rand von Gorlowka und die Eisenbahnstrecke Jasinowataja - Awdejewka – sich auf dem Territorium der DVR befinden.

Im Ergebnis der heutigen Arbeit sagte Sajdik auch, dass der Koordinator der humanitären Untergruppe Toni Frisch auf Grundlage schriftlicher Vorschläge der Seiten ein inoffizielles Arbeitsdokument zu Fragen der Amnestie, die vom Maßnahmenkomplex vorgesehen ist, vorbereitet hat.

„Dieses Dokument wird im Januar des nächsten Jahres erörtert werden“, fügte der Vertreter der OSZE hinzu und bestätigte damit ein weiteres Mal die Entscheidung, den Verhandlungsprozess in der Hauptstadt Weißrusslands ins nächste Jahr zu verlängern.

Seinerseits sagte der bevollmächtigte Vertreter der LVR Wladislaw Dejnego, dass sich ein Fortschritt auch in der Arbeit der für den Prozess der friedlichen Regelung grundlegenden Untergruppe zu politischen Fragen abzeichnet. Nach den Worten Dejnegos, der von LuganskInformZentr zitiert wird, hat der Koordinator dieser Untergruppe „ein Maß an Annäherungen an Kompromisse bei einer der grundlegenden Fragen der Arbeit der Gruppe

festgestellt – bei der Abstimmung der Modalitäten der Wahlen“.

Bezüglich des Verlaufs der Verhandlungen im Ganzen unterstrich Puschilin, dass allein die Suche nach Kompromissen schon als Erfolg gewertet werden kann. „Das ist schon eine Errungenschaft des Verhandlungsprozesses“, fasste der Leiter der Delegation der DVR zusammen.

16. Dezember

Ria.ru: Die dreiseitige Kontaktgruppe bei den Verhandlungen in Minsk hat kein Dokument zur Amnestie für die Teilnehmer des Konflikts im Donbass vereinbart, teilte am Mittwoch die Vertreterin Kiews in der humanitären Untergruppe der Kontaktgruppe Irina Geraschtschenko mit.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass der Koordinator der OSZE in der politischen Untergruppe Pierre Morel ein Arbeitsdokument bezüglich einer Amnestie im Donbass erarbeitet hat, das bei dem Treffen der Kontaktgruppe im Januar des nächsten Jahres erörtert werden wird.

„Zur Amnestie. Ich erkläre verantwortlich, dass weder am 15. Dezember während des Treffens der Untergruppen in Minsk noch während der vorangegangenen Treffen, noch während der vorangegangenen Diskussionen in der politischen Gruppe (und ich weiß das gut von meinen lieben Kollegen Roman Bessmertnyj und Wladimir Gorbulin), noch in unserer humanitären Untergruppe ein Gesetzesentwurf erörtert geschweige denn angenommen wurde“, schrieb Geraschtschenko auf ihrer Facebook-Seite

Sie sagte, dass Kiew die Erfahrung bezüglich einer Amnestie in anderen Ländern studiert, aber „keinerlei konkreten Dokumente erarbeitet wurden“. Dabei unterstrich Geraschtschenko, dass die Annahme eines Gesetzes über eine Amnestie im Donbass nur nach der Freilassung aller Gefangenen möglich ist, von denen es nach ihren Worten derzeit 139 gibt. „Ein Gesetz über eine Amnestie wird nicht von Minsker Gruppen angenommen, bei allem Respekt vor ihnen, sondern vom Parlament und genau dort wird es erörtert und diskutiert werden“, fügte Geraschtschenko hinzu.

Zuvor hatte die Pressesekretärin des Vertreters der Ukraine in der Kontaktgruppe Leonid Kutschmas Darja Olifer auch mitgeteilt, dass die Gruppe keine Dokumente über eine Amnestie erörtert hat. „Auf der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe am 15. Dezember wurden keinerlei inoffiziellen Dokumente über eine Amnestie erörtert und behandelt“, schrieb Olifer auf ihrer Facebook-Seite.